

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

139 (18.6.1915)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Vierteljährlich 1.20 M., halbjährlich 2.25 M., abgeholt monatlich 65 P.; am Postkassett 2.10 M., durch den Briefträger 2.50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalwerbeschluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Badische Anzeiger-Verlagsgesellschaft, Karlsruhe.

Noch ist es Zeit.

Die „marxistischen“ Politikaster der „Berliner Tagwacht“ sind unermüdetlich in ihrem Verleumdungsfeldzug gegen die Mehrheit der deutschen Partei und einzelne Parteigenossen, die augenblicklich im Vorderreihen des Kampfes um den Sieg der politischen Vernunft stehen. Ganz besonders haben sie es auf den Genossen H ä n i s c h abgesehen, in dem sie einen Renegaten des allein wahren Marxismus erblicken und den sie deshalb fortgesetzt mit Dreck bewerfen. Vor einigen Tagen hat H ä n i s c h im „Hamburger Echo“ einen Artikel über: „Die Sozialdemokratie und die Kriegsziele“ veröffentlicht, den wir in der Nummer 128 unseres Blattes ebenfalls zum Abdruck brachten. In diesem Artikel sprach sich H ä n i s c h ausdrücklich gegen die Pläne der alldemokratischen Annerkennung aus, indem er auf die Gefährlichkeit und die schlimmen Folgen, die sich aus einer etwaigen Annexion fremdländischer Gebiete ergeben, mit großem Nachdruck hingewiesen hat. Andererseits aber warnte H ä n i s c h mit Recht auch vor der Illusion, als ob nach diesem Kriege alles beim Alten bleiben würde. Zutreffend wies H ä n i s c h darauf hin, daß die sozialdemokratische Friedenspolitik sich nicht in der immerwährenden Wiederholung des Schlagwortes: „Keine Annexionen“ erschöpfen und die deutsche Sozialdemokratie sich nicht auf das utopische Programm festlegen dürfe, daß nach diesem ungeheuren Weltkriege nun in Europa und auf dem ganzen Erdball staatsrechtlich alles wieder genau ebenso aussehe wie vor dem 1. August 1914.

Diese ebenso vernünftigen wie im Hinblick auf das gedankenlose Gesehler der „Edelmarschisten“ notwendigen Ausführungen haben die „Leipziger Volkszeitung“ veranlaßt, dem Genossen H ä n i s c h vorzumerken, er gehe in seinem Bienen „verfälschte Annerkennungsgelüste“. Einer der Mitarbeiter der „Berliner Tagwacht“ schrieb, H ä n i s c h habe sich „mit hynischer Schamlosigkeit für die Annerkennungspolitik ins Zeug gelegt“.

Wir haben hier ein Musterbeispiel, für die abgrundtiefe Gewissenlosigkeit, mit welcher einzelne Wortführer der Opposition polemisieren. H ä n i s c h weist demgegenüber neuerdings im „Hamburger Echo“ darauf hin, daß wenn seine Bemerkungen einen Prinzipienverrat bedeuten sollen, damit jedenfalls keine sozialdemokratischen, keine marxistischen, sondern höchstens spießbürgerlich-fantastischen „Prinzipien“ verraten wurden und daß Karl Marx sich im Grabe umdrehen würde, wenn er hören könnte, daß man ausgerechnet ihn zum Kronzeugen solcher „Prinzipien“ aufruft. Dann fährt H ä n i s c h fort:

„Wären diese „Revolutionäre“ konsequent, so müßten sie eigentlich verlangen, daß Deutschland und Europa heute noch die staatsrechtliche Gestalt aufweisen, wie sie etwa im Westfälischen Frieden, beim Abschluß des dreißigjährigen Krieges, festgelegt wurde. Zum mindesten aber müßten sie alles „grundtätig ablehnen“, was sich in den letzten hundert Jahren, seit dem Wiener Kongreß seligen Andenkens, auf unserem Erdball geändert hat. Forderungen, die an sich auf dem Wege des historischen Fortschritts liegen, nur deshalb nicht akzeptieren wollen, weil kriegerische Umwälzungen sie hervorgerufen haben: dieser Gedanke ist so unmarxistisch wie möglich; er ist ganz gewiß nicht im Sinne des Mannes gedacht, der die Gewalt der Geburtsstufen jeder alten Gesellschaftsform genannt hat, die mit einer neuen Schwanger geht, und der dabei sicher nicht nur an große geschichtliche Vorgänge wie die französische Revolution gedacht hat, sondern auch an die ihr folgenden napoleonischen Kriege. Daß diese Kriege deshalb keine revolutionäre Bedeutung gehabt hätten, weil sie keine Revolution im landläufigen Sinne des Wortes waren, wird ein ernsthafter Marxist jedenfalls nicht behaupten wollen.“

Also: das Kriterium, mit dem wir als marxistische Sozialisten an die höchsten Fragen der Kriegsergebnisse und Friedensziele heranzutreten haben, darf nicht aus irgend einem sentimental „absoluten“ Prinzip herausgeholt werden, nicht aus einer noch so „humanitären“ Gefühlspolitik, sondern es muß einzig und allein bestimmt werden nach der Frage:

Liegen diese Ziele und Ergebnisse auf der Linie des allgemeinen historischen Fortschritts?

Liegen sie im Interesse der Arbeiterklasse und in der Richtung zum Sozialismus? Und wenn das Ergebnis des furchtbaren Völkerringens möglichst innige verkehrspolitische, wirtschaftspolitische, sozialpolitische und sozialpolitische Beziehungen nicht nur unter den beiden Zentralmächten, sondern auch zwischen ihnen und den Weststaaten des europäischen Festlandes sein würde, so dürfte sich die Sozialdemokratie dieser Ergebnisse nicht nur aufrichtig freuen, sondern sie hätte auch alle Ursache, an der Erzielung solcher Ergebnisse nach besten Kräften mitzuwirken. Zumal eine solche möglichst innige wirtschaftliche Verknüpfung Zentral- und Westeuropas auch die unter den heutigen Umständen denkbar beste Gewähr für eine möglichst lange Aufrechterhaltung des Friedens bilden würde! Möchte sie doch England die Möglichkeit, die europäische Westküste immer wieder als bequemem Einfallstor nach Zentral- und Westeuropa zu benutzen. Aus irgend einem abstrakten Prinzip heraus uns gegen Maßnahmen zu sträuben, die die Welt nicht nur für die Dauer vor Wiederholungen solcher Völkerringens schützen können: das kann und darf nicht mehr sozialdemokratische Politik sein!

Ebenso würde es natürlich nur auf dem Wege des historischen Fortschritts liegen und durchaus begründbar sein, wenn durch diesen Weltkrieg die unterfertigen und ungesunden Verhältnisse, wie sie sich als Produkte der beiden letzten Weltkriege im Südosten Europas ergeben haben, wieder über den Haufen geworfen und an deren Stelle Zustände geschaffen würden, die die Gewähr der Dauer in sich tragen und die die natürliche Grundlage einer gesunden Fortentwicklung bilden könnten. Es ist durchaus nicht abzusehen, was die Sozialdemokratie daran hindern sollte, ernst an derartigen durch den Krieg reif gewordenen Neuordnungen mitzuarbeiten. Ans von einer solchen Mitarbeit „prinzipiell“ auszuscheiden, nur weil die Neuordnung einige Grenzstreifen betreffen und weil etwa Bulgarien auf Kosten Serbiens oder Rumänien auf Kosten Rußlands ein paar Tugend Quadratkilometer Land „annektieren“ könnte: das wäre eine reichlich kindische Politik. Oder sehen unsere „Marxisten“ etwa auch künstliche Gebilde, wie das vor rund zwei Jahren erst konstruierte famose Fürstentum Albanien für satzlos an? Sind sie weiter der Meinung, daß man auch jede rein militärische, rein strategische Regulierung irgend einer Grenze aus irgendwelchen rein abstrakten, am Schreibtisch ausgeklügelten Prinzipien heraus und unter allen Umständen ablehnen müsse?

Man sollte meinen, daß diese politisch so vernünftigen Darlegungen bei Sozialdemokraten keinen Widerspruch hervorrufen können. Indessen unsere „Edelmarschisten“ sind gegen die Einflüsse der politischen Vernunft völlig immun. Deshalb ist es auch absolut zwecklos, sie belehren zu wollen. Sie machen es sich sehr bequem, indem sie jeder politischen Verantwortung vollen Arbeit meilenweit aus dem Wege gehen, auf ihren spießbürgerlich-sentimentalen „Prinzipien“ herumreiten und jeden mit Schmutz und Kot bewerfen, der ihren hirnerbrannten Phantasieren entgegentritt. Mit ihrer Taktik arbeiten sie nur den Schirmmachern und Annerkennungspolitikern in die Hände.

Es gehört wahrhaftig nicht viel politische Griffe dazu, um zu begreifen, daß es für die Sozialdemokratie ein Ding der Unmöglichkeit ist, sich die Taktik der Quertreiber zu eigen zu machen. Sie würde sich damit wieder selbst politisch isolieren und zugleich jede Möglichkeit, eine Neuorientierung der deutschen Politik herbeizuführen, beseitigen. Wie wollen denn die „Edelmarschisten“ eine ihren Wünschen entsprechende Politik durchführen? Etwa auf dem Wege „revolutionärer Massenfaktionen“, oder wie denn sonst? Und vor allem: mit wem? Etwa mit Hilfe des Literatenklüngels, der jetzt die deutsche Sozialdemokratie fortgesetzt verleumdet und mit den paar Hundert Fanatikern, die daran Gefallen finden?

Wenn die von den Annerkennungspolitikern drohende Gefahr gebannt werden soll, so kann dies nur mit einer auf politisch positive Boden stehenden Sozialdemokratie geschehen, die willens und fähig ist, eine parlamentarische Mehrheit herbeizuführen und in die Hände zu helfen, welche die Garantie für eine vernünftige weisliche Friedenspolitik bietet. Für die hirnerbrannte Ideologie der „Marxisten“ fehlt jede reale Grundlage. Die Sozialdemokratie kann diese Literatenpolitik unter keinen Umständen verantworten.

Eine politische Neuordnung der Verhältnisse ist in Deutschland nur mit einer auf politisch positivem Boden stehenden, sich ihrer großen Verantwortung bewußten Sozialdemokratie möglich. Gerade das aber wollen die Quertreiber verhindern und sie scheuen dabei vor keinem Mittel zurück. Mit dieser Taktik muß sich die Sozialdemokratie abfinden und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Das Vertuschen der Gesenstände, die sich nicht mehr überbrücken lassen, hat keinen Zweck mehr. Die Massen der sozialdemokratischen Wähler machen die „Politik“ der Quertreiber nicht mit. Je früher sich die Sozialdemokratie entschließt, mit diesen Elementen tabula rasa zu machen, um so besser für sie und für das deutsche Volk. Noch ist es Zeit, die für die Sozialdemokratie günstige Situation zu retten.

Ein politischer Skandal.

Unter diesem Titel nimmt die Mannheimer „Volksstimme“ zu der Schusterrei in der „Berliner Tagwacht“ Stellung, indem sie schreibt:

„Der Fraktionsvorstand hat die politischen Pflichten, die ihm aus der Berliner Verfassungskonvention erwachsen, mit anerkennenswerter Promptigkeit und Gründlichkeit erfüllt. Damit ist der Fall für uns als Partei jedoch noch nicht erledigt. Es ist uns nicht genügen, den äusseren politischen Stand, den derartige unerhörte Vorverurteilungen, nachträglich notwendig wieder gutzumachen; unsere gebieterische Pflicht ist es, nun endlich dafür zu sorgen, daß sich ähnliche Dinge nicht mehr wiederholen können. Und hier kommt die Ehre unserer Partei, zu überdies die unserer Reichstagsfraktion, in Frage.“

Lange genug hat die letztere untätig zugehört, wie von gewisser Seite nicht nur die Kriegspolitik, die sie mit dem Votum des 4. August eingeleitet und seither konsequent vertreten hat, von einzelnen Parteigenossen durch öffentliche Kundgebungen aller Art zu durchkreuzen versucht wurde, sondern wie man auch nicht davor zurückschreckte, streng vertrauliche Mitteilungen, die in der Fraktion selbst oder in geschlossenen, ausdrücklich als vertraulich

bezeichneten Sitzungen einzelner Reichstagskommissionen auf den verschiedensten Gebieten gemacht worden sind, in die Öffentlichkeit hinauszutragen, um sie dort entweder gegen einzelne, politisch und taktisch anders denkende Parteigenossen zu verwerten oder aber — was das Schlimmere ist —, der Reichsregierung selbst und damit der Sache des Vaterlandes Verlegenheiten und Schwierigkeiten zu bereiten. Ist ein derartiges Verfahren schon in gewöhnlichen, in Friedenszeiten, aufs strengste zu verwerfen, und widerspricht es schon allem parlamentarischen Anstand, so wird es in Zeiten eines Krieges — zumal eines Krieges wie der, in dem Deutschland zurzeit verwickelt ist, und in dem es sich für unser Volk und Vaterland um Sein oder Nichtsein handelt — zu einem verbrecherischen Skandal! Und eine Partei, bezogen auf eine Fraktion, die nicht alles aufbietet, dem ein Ende zu machen, würde von der Öffentlichkeit mit Recht als Mitschuldige dieses Skandals bezeichnet werden.

Die Fraktionserklärung geißelt die neueste Schandtat des Berliner Blattes — die schlimmeren Missetäter sitzen allerdings nicht in Bern! — mit Recht als böswillige Verleumdung und verächtlichen Vertrauensbruch, und sie deutet auch an, wie bei einer weiteren Duldung solcher Dinge die Vertretung der Arbeiterinteressen durch unsere Reichstagsfraktion aufs schwerste gefährdet würde. Wohlan, rasse man sich endlich auf, das Geschwür am Parteikörper, das sich da in solch widerlicher Weise bemerkbar gemacht hat, mit fester Hand auszubrechen, um ein Weitergreifen zu verhindern! Und lasse man angesichts der Gefahr, die da unserer Partei wie dem ganzen Volke droht, endlich alle jene garten persönlichen Rücksichten beiseite, die man bisher auf Unwürdige genommen hat, die sie hinterher ja doch nur mit vergrößerten Gemeinheiten lohnten.

Partei- und Fraktionsvorstand sind über die persönliche und sachliche Seite der Dinge unterrichtet. Und bei gutem Willen — an dessen Vorhandensein wir nicht zweifeln — wird es ihnen möglich sein, den gefährlichen Mißstand zu beseitigen. Der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Partei können sie dabei sicher sein! Auf also zur Tat, ehe es zu spät ist! Die Ehre, ja, noch mehr: die Existenz der Partei steht auf dem Spiel!

Offenkundig findet diese leider notwendig geordnete Warnung ein Echo!

Sembar für den engl. Aushungerungsplan.

Der Pariser Mitarbeiter der „N. Z. Ztg.“, Dr. Max Müller, berichtet seinem Blatte über eine Unterredung, die er mit dem französischen Minister hatte. In bezug auf die Probleme der Nahrungsmittelversorgung der Schweiz führte Sembar aus:

„Was wir von der Schweiz verlangen, ist, daß sie mit immer größerer Wachsamkeit behüte, daß Waren, die ihr über Frankreich geliefert werden, unsern Gegnern zugute kommen. Wenn auch einzelne Fälle des Warenaustausches möglich sind, so müssen wir darauf bestehen, daß Ausnahmen vom Ausfuhrverbot nur mit äußerster Vorsicht bewilligt werden. Sache der von der Eisenbahnverwaltung ausgeübten Kontrolle ist es, die Durchführung von Kontingenten nach Deutschland zu verhindern. Als Gegenleistung unsererseits versprechen wir der Schweiz, alle Waren, die sie brauchen, ihr so rasch wie möglich zuzuführen.“

„Ich bin überzeugt“, fährt der Minister in seinem Interview fort, daß die Freundschaftsbande noch enger sich gestalten werden. Es ist zu hoffen, daß die Völker, wenn sie wieder vernünftig geworden sind, durch die furchtbaren Katastrophen gewöhnt, sich entschließen, den Weg der Rüstungseinschränkungen zu betreten. Eine solch wohlwollende Maßnahme, die im künftigen Friedensvertrage nicht fehlen darf, könnte aber nicht anders verwirklicht werden, als durch fortwährende Kontrolle einer internationalen Kommission, und ich glaube immer und glaube heute stärker als je, daß der Vorstoß derselben einem neutralen Staate, wie beispielsweise der Schweiz, zukommen sollte.“

Bei dieser Bemerkung — so schreibt Dr. Max Müller — erlaubte ich mir, den Minister zu fragen, in welcher Eigenschaft er dem Abrüstungsgedanken Ausdruck verleihen — ob als Regierungsmitglied. „Auf jeden Fall spreche ich nicht als Sozialist zu Ihnen, sondern als Staatsmann, der einfach den Lauf der Dinge verfolgt“, lautete die Antwort. Und auf die weitere Einrede, ob diese Idee nicht eine Umgestaltung der preußisch-deutschen Politik zur Voraussetzung habe, entgegnete Sembar mit Überzeugung, daß die Notwendigkeit der Rüstungseinschränkung sich überall geltend machen werde, gleichviel, ob Kaiserreich, ob Zarenreich oder Republik. Unbekümmert um das innere Regime der Staaten führte der Tanz der Milliarden die Völker mit elementarer Gewalt zu jener Weisheit, die vor einer Reihe von Jahren der russische Zar im Haag formuliert habe. Jeder Zeitungslieferer könne zur Stunde nachrechnen, welche Summen der Krieg verschlinge und mit welcher mathematischer Präzision ein fortdauerndes Wettrüsten zum finanziellen Ruin führe. Was die Ausübung der Kontrolle über die zukünftigen Rüstungen anbetreffe, erläuterte Sembar, so sei dieselbe in Zukunft leichter zu verwirklichen, da der Verlauf des europäischen Krieges die ausschlaggebende Bedeutung der Artillerie und der Munitionsvorräte dargetan habe; die

Fabrikation der letzteren erfordere aber ausgedehnte Werkstätten und lasse sich nicht verheimlichen, so wenig wie der Flottenbau, dessen Einschränkung seinerzeit von England vorgeschlagen worden war."

Ein deutsches Luftschiff bombardiert die englische Küste mit Erfolg.

WTB. Berlin, 17. Juni. (Amtlich.) In der Nacht vom 15. zum 16. Juni haben unsere Marineluftschiffe einen Angriff auf die Nordostküste Englands ausgeführt. Ein besetzter Küstenplatz wurde mit Bomben beworfen, durch die eine Reihe industrieller Anlagen, darunter ein Hochofenwerk, in Brand gesetzt und zum Teil zerstört wurde. Die Luftschiffe wurden stark beschossen, besonders heftig von einer Strandbatterie. Letztere wurde angegriffen und zum Schweigen gebracht. Die Luftschiffe erlitten keinerlei Beschädigung.

Der Stellvert. Chef des Admiralstabs der Marine: (gez.) Behndt.

Der Zeppelin-Angriff auf England.

WTB. London, 17. Juni. Reuter-Meldung. Bei dem letzten Zeppelinangriff auf die Nordostküste sind 16 Personen getötet und 40 verwundet worden. Das Pressbureau berichtet, daß bei dem Angriff am 6. Juni 24 Personen getötet und 49 verwundet wurden.

Der amtliche englische Bericht.

WTB. Haag, 17. Juni. Der „Nieuwe Courant“ teilt mit: Amtlich wird gemeldet: Ein Zeppelinluftschiff besuchte gestern die Nordostküste Englands und warf Bomben ab, durch welche einige Brände entstanden, die gelöscht wurden. 15 Personen wurden getötet, 15 verwundet.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Aushebung des belgischen Kontingents für 1915 in Frankreich.

WTB. Paris, 17. Juni. Der „Matin“ meldet aus Sabre:

Die belgischen Aushebungsausschlüsse beginnen am 21. Juni die Arbeit für die Aushebung des belgischen Kontingents für 1915 in Frankreich. Alle für tauglich befundenen Belgier vom 18.-25. Jahre werden sofort in Ausbildungslager gebracht. Die Zahl der eingetragenen Belgier beträgt 15 000.

Einführung des Helms in der französischen Armee.

WTB. Lyon, 17. Juni. Der „Progres“ meldet aus Paris: Die Einführung des Helms in der französischen Armee wird in den nächsten Tagen beschlossen werden. Versuche mit einem Stahlblechhelm zeigten ein befriedigendes Ergebnis. Der Helm soll Schutz vor Granatplitzern gewähren. Entsprechend der neuen Uniform sollen die Helme eine hellgraublauere Farbe erhalten.

Der französische Bericht.

WTB. Paris, 17. Juni. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr:

Nördlich von Ypern bemächtigten sich englische Truppen einer Reihe deutscher Schützengräben. Die westlich von La Bassée von ihnen erzielten Gewinne konnten nicht behauptet werden.

In dem Abschnitt nördlich von Arras gewannen wir an verschiedenen Stellen Gelände, besonders östlich der Loretohöhe, südwestlich und südlich von Souchez und im Labyrinth. Wir machten 300 Gefangene und erbeuteten mehrere Maschinengewehre. Südlich von Arras beschossen die Deutschen die Stellungen, die sie im Gebiete der Louvent-See verloren hatten, ohne jedoch einen Infanterieangriff zu machen. Bei der Quenneviers-See warfen wir mehrere feindliche Gegenangriffe zurück, behielten dann unsere Gewinne nordwestlich der bereits eroberten Schützengräben aus und machten etwa 100 Gefangene, darunter zwei Offiziere.

Auf die Stadt Reims feuerte der Feind etwa 100 Granaten, darunter mehrere Brandgranaten. Etwa zehn Geschosse fielen auf die Kathedrale. (Die Unwahrscheinlichkeit dieser französischen Meldung wird inzwischen schon durch den deutschen Seebericht dargelegt. D. R.)

In den Vogesen machten wir bedeutende Fortschritte auf beiden Ufern der oberen Isère; auf dem nördlichen bemächtigten wir uns des Braunkopfs. Der Feind ließ 340 unverwundete Gefangene, darunter vier Offiziere, in unseren Händen, ferner viel Material, zahlreiche Gewehre und 500 000 Patronen. Am Laufe des 16. Juni wurden Nancy, Saintois und Velfort von eingestiegenen deutschen Flugzeugen mit einigen Bomben besetzt. Nur in Nancy wurden einige der Zivilbevölkerung angehörenden Personen getroffen.

Der Bericht Frends.

WTB. London, 17. Juni. (Nichtamtlich, Reuter.) Generalfeldmarschall French berichtet: Am 5. Juni nahmen wir eine Linie von Laufgräben an der deutschen Front auf einer Strecke von über einer Meile. Wir mußten sie aber nach einem heftigen Gegenangriff wieder aufgeben. Bei Ypern griffen wir mit Erfolg die Stellungen des Feindes nördlich von Hooge an, besetzten die ganze erste Laufgrabenlinie auf einer Front von 1000 Yards und einen Teil der zweiten Linie und machten 157 Gefangene. Ein Gegenangriff der Deutschen wurde unter schweren Verlusten abgewiesen.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

An der Dnjestr-Linie.

Berlin, 17. Juni. Hinter der Dnjestr-Linie wird, nach einem Wiener Telegramm der „Nat.-Ztg.“, hartwändig gekämpft. Die überaus tapfer kämpfenden Truppen des Generalobersten v. Linzinger stehen dort den Russen gegenüber. Die Versuche der Russen, unsere Erfolge westlich von Grodek durch Vorstöße am Dnjestr

auszugleichen, wurden von der Armee Linzinger abgewiesen, wobei der Feind große Verluste erlitt. Diese ganze Kraftentfaltung des Gegners ist darauf zurückzuführen, daß er um jeden Preis den Verlust Lembergs verhindern will, der für ihn nicht nur in strategischer, sondern auch in moralischer Hinsicht von großer Bedeutung wäre. Das Gelände, in dem die Armee Linzinger kämpft, ist von Waldungen und Sümpfen durchzogen, die die Truppenbewegungen erschweren und eine überaus vorsichtige Operation notwendig machen. Der Rückzug der Russen erfolgt größtenteils in ungeordneten Kolonnen.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Reiches von Bellewaarde wurden die vorgestern verlorenen Grabenstücke zum größten Teil zurückerobert.

Die Engländer und Franzosen setzten gestern ihre Durchbruchversuche fort. Nördlich des Kanals von La Bassée wurden die Engländer von Westfalen und Sachsen im Handgemenge überwältigt und zu beschleunigtem Rückzug in ihre Stellungen gezwungen.

Gegen die Front westlich von Lievin bis Arras richteten die Franzosen fortgesetzt neue Angriffe. An der Loretohöhe wurde ihnen ein völlig zerstörter Graben überlassen.

Südlich von Souchez gelang es ihnen, in unsere Stellung in einer Breite von etwa 600 Meter Fuß zu fassen. Dort wird noch gekämpft. An allen anderen Stellen wurden sie blutig abgewiesen.

Die unter größtem Munitionseinsatz und ohne Rücksicht auf die schwersten Verluste geführten Angriffe haben somit

wiedermum mit einer Niederlage der Franzosen und Engländer geendet.

Die für uns siegreichen Nahkämpfe legen erneut Zeugnis ab von der glänzenden Tapferkeit und unerschütterlichen Ausdauer unserer Truppen.

Mit dem gleichen Mißerfolg endigten französische Angriffe bei Maulin-sous-Tents. Wir nahmen dort 5 Offiziere, 300 Franzosen gefangen.

In den Vogesen dauerten die lebhaften Kämpfe zwischen Fesch und Lanchetal gestern noch an, kamen aber am Abend zum Stillstand. Abgesehen von einem kleinen Geländeverlust nordöstlich Meseral haben wir alle unsere Stellungen behauptet, 100 Gefangene fielen in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mehrere russische Angriffe wurden abgewiesen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich Siennawa zwangen die Angriffe der verbündeten Truppen die Russen zur Aufgabe ihrer Stellung und zum Rückzug auf Tarnograd.

Die Armee des Generalobersten v. Madenfen drängte in scharfer Verfolgung dem Feinde nach. Dahnow und Labasowa wurden gestürmt, das südliche Smolinkalfer wurde vom Gegner gesäubert, bei Niemirow der russische Widerstand schnell gebrochen, die Straße Niemirow-Janorow überschritten.

Weiter südlich gingen die Russen gegen die Wereszka zurück. Südöstlich der Dnjestrümpfe ist die Lage unverändert.

Die Behauptung im amtlichen französischen Bericht vom 16. Juni, 11 Uhr abends, daß die Kathedrale von Reims mit Brandgranaten beschossen worden sei, ist unzuverlässig. Unter Feuer richtet sich gegen die Offizieren sowie gegen die Batterien am Gleisdreieck, nördlich von Reims, die lebhaft auf unsere Stellungen gefeuert hatten.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. Wien, 17. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird bekanntgegeben, 17. Juni, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Auch gestern konnten die geschlagenen russischen Armeen nirgends standhalten.

In Mittelgalizien setzten sie, durch starke Nachhuten gedeckt, den Rückzug in nordöstlicher Richtung fort. Die verbündeten Armeen verfolgen scharf. Nördlich Siennawa dringen unsere Truppen über Cioplic und Gorkow vor und haben gestern starke russische Kräfte, die noch auf galizischem Boden kämpften, unter schweren Verlusten über die Reichsgrenze zurückgeworfen.

Westlich anschließend erreichten die verbündeten Truppen Lubasowa, entziffen den Russen nach heftigem Kampfe Niemirow und dringen weiter auf Janow vor.

An der Lemberger Straße warfen Truppen der Armee Böhm starke russische Nachhuten bei Wolzuch noch in den Abendstunden über die Wereszka und erkürmten Mitternacht den Westteil von Grodek. Auch südlich Grodek wurde das Westufer der Wereszka vom Feinde gesäubert.

Südlich des Dnjestr ist die Situation im allgemeinen unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Der Kampf zur See.

Ein französisches Torpedoboot gesunken.

Berlin, 17. Juni. Nach einem Telegramm aus Cherbourg wurde, wie der „R.-M.“ über Kopenhagen erfährt, das französische Torpedoboot 331 gestern sechs Meilen nordöstlich von Barfleur von dem englischen Dampfer „Arlega“ überannt. Das Torpedoboot wurde schwer beschädigt und versuchte, Cherbourg zu erreichen, wobei es der dänische Dampfer „Stold“ einschleppen versuchte. Das Meer war aber zu stürmisch, die Trossen zerrissen und das Torpedoboot sank. Der größte Teil der Besatzung wurde gerettet, 6 Mann kamen um.

Der Krieg mit Italien.

Der österreichische Tagesbericht.

An der Isonzofront schlugen unsere Truppen bei Plava wieder mehrere Angriffe unter schweren Verlusten für den Gegner ab. Im Feldgebiete des Arndauern die Kämpfe der Gebirgstruppen fort.

An der kärntnerischen Grenze hat sich gestern nichts wesentliches ereignet.

In Tirol wurden feindliche Vorstöße gegen das Tiliacher-Joch im Tofan-Gebiet bei Tre Sassi Buchenstein und auf dem Monte Coston (Südtirol, Fugaria) zurückgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Verbot von Todesanzeigen Gefallener in den italienischen Zeitungen.

Berlin, 17. Juni. Laut einem Wiener Telegramm der „Nat.-Ztg.“ meldet das „Volksblatt“ aus Genf: Ein Zirkularerlass des italienischen Ministeriums an die Presse verbietet generell die fernere Veröffentlichung von Todesanzeigen von Angehörigen des Heeres in der italienischen Presse.

Kriegserklärungsieber.

Holländische Grenze, 17. Juni. Aus Rom wird dem „Daily Telegraph“ gemeldet: In politischen Kreisen wird erwogen, ob es nicht angezeigt sei, der Türkei den Krieg zu erklären, um einer unhaltbaren Lage ein Ende zu machen. Der italienische Botschafter in Konstantinopel, Garroni, werde verhindert, nach Rom zu telegraphieren.

Die „Idea Razionale“ verlangt die Beteiligung Italiens an den Angriffen gegen die Dardanellen.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Bedeutende Anzeichen für die Haltung der Balkanmächte.

Berlin, 17. Juni. Wie den „Basler Nachrichten“ laut einem Telegramm des Lokalanzeigers gemeldet wird, haben in Sofia die russienfreundlichen Zeitungen „Mir“, „Breperek“ und „Sarja“ ihr Erscheinen eingestellt. Dafür erscheinen zwei neue Zeitungen, welche die gegenwärtige Tendenz vertreten.

Der „Morningpost“ wird aus Bukarest gemeldet: Der bisher zum Dreiverband stehende Anberul ist ins Lager der Zentralmächte übergetreten.

Der Wahlsieg der Venizelos-Partei.

Berlin, 17. Juni. Den unerwarteten Wahlsieg der Venizelos-Partei in Griechenland erklärt das „Berl. Tgl.“ zum Teil damit, daß in Griechenland alle Parteien von jeder Personenpartei getrennt sind. Tatsächlich sei Venizelos die populärste und stärkste politische Persönlichkeit des Landes. Man müsse sich auch die Frage vorlegen, was die Wähler unter der Interventionenpolitik heute verstehen, und ob der Wahlsieg Venizelos ebenso groß gewesen wäre, wenn der Appell an das Volk unmittelbar nach seinem Rücktritt hätte durchgeführt werden können. Heute können auch diejenigen Kreise in Griechenland, die das Gefährliche der Dardanellen-Unternehmung erkannt haben und froh sind, daß das Risiko einer Beteiligung ihres Landes glücklich vorübergegangen ist, dem Manne, den sie auf Grund seiner früheren Leistungen nun einmal für ihren besten halten, ihre Stimme wiedergeben. Die Situation ist seit Venizelos' Rücktritt anders geworden. Man sieht sich nach dem für die Verbündeten günstigen galizischen Feldzug, nach den Dardanellenkämpfen und nach Italiens Eindringen in Griechenlands Interessensphäre einer anderen Lage und anderen Aufgaben gegenüber. Man wird auch nach anderen Mitteln suchen müssen, um in dem Programm aus der gegenwärtigen Weltlage möglichst viel für Griechenland herauszuschlagen. Sicher bleibt, so meint die „Deutsche Tageszeitung“, daß König Konstantin ebenso fest sein wird wie im Februar in dem Willen Griechenlands, den Frieden zu erhalten. Sollte, wie wir hoffen, die Genesung des Königs ihren regelmäßigen Fortgang nehmen, so ist sicher, daß gegen den Königswillen Griechenland in eine unneutrale Politik nicht hineingestürzt wird, denn die Volkstimmlichkeit des Königs ist größer als sie jemals war.

Ausland.

Italien.

Die Herrschaft der Reaktion. Das Tagesblatt der italienischen Sozialisten, der „Avanti“, ist nicht nur einer äußerst scharfen Zensur unterworfen, sondern die Polizei tut auch ihr bestes, um seine Verbreitung zu verhindern. In 15 Provinzen ist die schon direkt verboten, während die Schwärzungen, welche der Verbreitung in anderen Teilen des Landes in den Weg gelegt werden, fast einem Verbot gleichkommen. Das Blatt erlaubt, ein völliges Verbot des Blattes wäre unter solchen Umständen vorzuziehen. Dann müßten die Arbeiter wenigstens, woran sie sind.

Deutsche Politik.

Kriegsitzung des württembergischen Landtags.

Der württembergische Landtag ist zum 25. Juni einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Etats. Württemberg hat zweijährige Etatsperioden. Während in früheren Jahren die Etatsberatungen drei bis vier Monate in Anspruch nahmen, rechnet man in diesem Jahre nur mit einer Sitzungsdauer von zwei bis drei Wochen. Es soll ausnahmsweise nur ein einjähriger Etat für 1915 aufgestellt werden, weil sich die Gestaltung der Staatswirtschaft für 1916 im voraus nicht im geringsten übersehen läßt. Auch der Etat für 1915 wird im wesentlichen nur eine Wiederholung des Etats von 1914 darstellen; er wird nur in einigen größeren Positionen, in denen eine Veränderung mit Sicherheit festliegt, vom letztjährigen Etat abweichen. Das Schwerkraft der Beratungen wird in die Ausschüßsitzungen verlegt werden. Bei den Ausschüßberatungen werden auch die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen wichtige Debatten zeitigen. Für die erste Lesung des Etats ist zwischen den Parteien die Vereinbarung getroffen worden, daß von einer Generaldebatte Abstand genommen werden soll. Nur der Finanzminister wird eine Uebersicht über die Staatsfinanzen geben, die sich unter dem Einfluß des Krieges sehr ungünstig gestaltet haben. Das Jahr 1914 hat mit einem Fehlbetrag von etwa 10 Millionen abgeschlossen; für das Jahr 1915 ist ein noch größeres Defizit zu erwarten. Um diesen Fehlbetrag wenigstens teilweise decken zu können, schlägt die Regierung die Einführung einer Vermögenssteuer vor, deren Ertrag auf 6 Millionen geschätzt wird. Ferner soll die Wertzuwachssteuer, auf die das Reich bekanntlich verzichtet hat, für den Staat ausgebaut werden. Auch der vor vier Jahren eingeführte Zuschlag zu den Gerichtskosten und die Notariatsgebühren, die bis 1915 zeitlich begrenzt waren, soll beibehalten werden und zur Deckung des Defizits dienen. — Zu dem Vermögenssteuergesetz haben bereits sämtliche Parteien des Landtags in den Vorbesprechungen ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt.

Neben den Finanzfragen wird sich der Landtag auch mit einem auf zwei Jahre berechneten provisorischen Gesetz zum Schutz der Kunstidentmaler beschäftigen, da das im vorigen Jahr eingebrachte Denkmalschutzgesetz in der Kriegszeit nicht erledigt werden konnte. Auch ein Gesetz zur Förderung der Moorkultur ist angekündigt worden.

Das Ergebnis der Reichs-Voll-Woche.

Nach Schätzungen wird in zuständigen Kreisen angenommen, daß das Ergebnis der Reichsvollwoche, auf eine kurze Formel gebracht, sich wie folgt darstellt:

1. Rund 1/2 Million Toden wurden den Truppen zugeführt.
2. Hunderttausende von Westen, Jäten und Hosen gingen den Soldaten im Felde zu.
3. Der aus der Anfertigung der Westen, Jäten und Hosen übriggebliebene Rest von nicht verwendbaren Stücken, Abfällen und Lumpen wurde für mehrere Millionen Mark an die Kunststofffabriken verkauft. Der erzielte Erlös ist wiederum den Truppen in Form von Liebesgaben oder Wollfasern zugute gekommen.
4. Durch die Reichsvollwoche ist mittelbar und unmittelbar Tausenden von Heimarbeitern und vielen Tausenden von Arbeitern in Kunststofffabriken auf Monate hinaus lohnender Verdienst geschaffen worden.
5. Die gut erhaltenen Sachen (Männer-, Frauen- und Kinderkleider) wurden in vielen Tausenden von Stücken an die östpreussische und elsass-lothringische Bevölkerung abgegeben. Ein bedeutender Rest, der sich schätzungsweise auf mehr als 100 000 Angänge dieser Art beläuft, ist zurückgelassen worden, um den aus Anlaß des Krieges invalide gewordenen Soldaten oder nach Schluß des Krieges den heimkehrenden Kriegern übergeben zu werden.

Das Ergebnis aus der Reichsvollwoche darf man somit auf viele Millionen Mark schätzen.

Die Löhnung der Kriegsgefangenen.

Auf eine Anfrage, ob der Familie eines Kriegsgefangenen dessen Löhnung während der Gefangenschaft ausbezahlt wird, hat das Kriegsministerium die folgende Antwort erteilt:

„Denjenigen Angehörigen, deren Ernährer der in Gefangenschaft befindliche Löhnungsempfänger ist, kann die volle Löhnung oder ein Teil derselben vom Bataillonskommando auf Antrag bewilligt werden. Den Angehörigen von Gehalt empfangenden Kriegsgefangenen kann das Divisionskommando bis zu sieben Zehntel des Gehalts bewilligen.“

Sämtliche stellvertretenden Kommandobehörden sind vom Kriegsministerium auf diese unter Kriegsbesoldungsvorschrift enthaltene Bestimmung noch besonders hingewiesen worden mit dem Ersuchen, die nachgeordneten Dienststellen zu veranlassen, Angehörigen von Kriegsgefangenen entsprechende Auskunft zu geben und ihnen zur Erlangung der Bewilligung behilflich zu sein.“

Da nur wenige Personen der zum Heeresdienst eingezogenen Personen Kenntnis von dieser Bestimmung haben, teilen wir sie mit.

Die Zusammenfassung des Herrenhauses.

Nach dem sieben erschienenen neuen Mitgliederverzeichnis zählt das Preussische Herrenhaus zurzeit — die königlichen Prinzen ungerchnet — 401 stimmberechtigte Mitglieder. Von diesen sind 117 erblich berechtigt, 284 sind berechtigt auf Lebenszeit. Unter den erblich Berechtigten finden wir neben dem Haupt des Hauses Hohenzollern, 22 Häupter der vormals reichsfürstlichen Häuser, 51 Fürsten, Grafen und Mitglieder der Herrenkurie des vereinigten Landtages und 43, denen die erbliche Berechtigung vom König besonders verliehen ist. Die Berechtigung auf Lebenszeit haben die derzeitigen Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen (Bezeichnung für die Hof- und Erbämter); ferner die 100 aus besonderem königlichen Vertrauen Ernannten und 180 auf Grund von Präsentation Berechtigter. Von letzteren stammen nur 10 von den Landesuniversitätsräten und 51 von den Städten, alle übrigen von Verbänden des Adels und des befristeten Grundbesitzes und von ähnlichen Verbänden. 47 Stimmen ruhen zurzeit; 3 stimmberechtigte Mitglieder sind noch nicht eingetreten. Im ganzen können also augenblicklich 351 Mitglieder des Herrenhauses von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

Höchstpreise für Petroleum.

Wie der neue Politische Tagesbericht von unterrichteter Seite erfährt, ist die Festsetzung von Höchstpreisen für Petroleum in Aussicht genommen.

Strengste Einhaltung der Bundesratsverordnungen.

Die deutsche Parlaments-Korrespondenz berichtet:

„Die kriegswirtschaftlichen Bundesratsverordnungen erfüllen ihren Zweck, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, im weitesten Umfang, sind aber auch zur weiteren Durchführung der Aufgabe nach allen Erfahrungen unentbehrlich und erfordern nach wie vor die genaueste Beachtung seitens der beteiligten Kreise. Die Polizeibehörden sind angewiesen, fortgesetzt eine sorgfältige Überwachung in der Befolgung aller Vorschriften anzuwenden und Verstöße unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.“

Die „sorgfältige Überwachung“ der Bundesratsvorschriften sollte in schärfster Weise bei den Produzenten und Großhändlern beginnen.

Badische Politik.

Was möglich?

Im „Badischen Beobachter“ führte dieser Tage ein Beamter Klage darüber, daß in diesem Jahre keine Titelverleihungen erfolgen. Diese Frage habe im Beamtentum und in den mit ihm in gesellschaftlicher Verbindung stehenden Kreisen eine „nicht zu unterschätzende Bedeutung“, weshalb die Unterlassung der Titelverleihung dort auch „etwas unangenehm berühren“ dürfte. An Militärpersonen erfolgten doch zurzeit zahllose Ordens- und sonstige Auszeichnungen, warum also nicht auch an die Zivilbeamten, insbesondere an die Beamten der Staatsbahnverwaltung, die doch in der langen Kriegszeit anerkanntermaßen Großes geleistet hätten und immer noch leisten? Warum man in dieser Zeit, die für allerlei so große Ausgaben erfordert, gerade eine Auszeichnung ausfallen will, die nichts kostet und doch geschätzt wird, sei wirklich nicht einzusehen.

Man sollte es nicht für möglich halten. Mit berechtigtem Spott schreibt die „Volksstimme“ dazu:

„Falls der „Bad. Beobachter“ die Ansicht der badischen Staatsbeamtenschaft über den Ausfall der Titelverleihungen wirklich zum Ausdruck bringt, möchten wir nicht veräumen, sie dazu ausser Acht zu lassen. Zu beglückwünschen nämlich dazu, daß sie in dieser farten Kriegszeit mit ihren schweren Opfern aller Art, mit ihren gelassenen Menschenerlusten, ihrer Arbeitsnot und Teuerung keine andere Sorge haben als die, ob auch in diesem Jahre der Herr Rechnungsrat zum Oberrechnungsrat, der Herr Zinspfeiler zum Oberinspektor und der Herr Geheimrat zum Wirklichen Geheimen Rat avanciert. Mildliches Deutschland, in dem im ersten Monat eines Krieges gegen die halbe Welt die Diener des Staates nichts anderes drückt als — Titelforgen!“

Hat denn der Schreiber des Klagenartikels im „Badischen Beobachter“ kein Verständnis für die Gefühle, die keine Titelschmerzen bei der übrigen Bevölkerung sind wie wir zur Ehre der Beamten annehmen, auch bei der großen Mehrheit dieser auslösen? Die Stimmung gegenüber den Beamten wird durch derlei Ergüsse sicher nicht gebessert.

Die vierte gewerkschaftliche Kriegsjahresstatistik.

Den drei Erhebungen der gewerkschaftlichen Zentralverbände über die Einwirkungen des Krieges auf die Organisationen, die Anfang September, Ende Oktober, Ende Januar stattfanden, ist nunmehr eine vierte Ende April gefolgt. Die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder wächst danach andauernd. Während im September 1914 erst 27,7 Prozent eingezogen waren, stieg die Zahl im Oktober auf 31,3, im Januar auf 34,1 Prozent und im April auf 41,7 Prozent. Der Mitgliederverlust ist, wie danach nicht anders zu erwarten ist, ein erheblicher. Am Schluß des 2. Quartals 1914 zählten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände 2521 303 Mitglieder, nach der letzten Kriegsjahresstatistik am 30. April 1915 betrug die Zahl 1 323 978. Mitgliederverluste durch Austritt aus der Organisation dürften nicht viel erfolgt sein. Der Mitgliederverlust wird ausschließlich auf die zum Heeresdienst Einberufenen zurückzuführen sein. Die meisten Verbände konnten in der Kriegszeit sogar beträchtliche Neuaufnahmen, namentlich in den letzten Monaten, vornehmen. So wurden bei den Bauarbeitern 14 313, bei den Transportarbeitern 1422 und bei den Holzarbeitern 10 400 Neuaufnahmen gezählt. Auch die Zahl der zum Heeresdienst einberufenen besoldeten Angehörigen der Gewerkschaften ist eine erhebliche. Bis zum 31. Dezember 1914 wurden 559 Angestellte der Gewerkschaften gezehlet. Ueber die Zahl der eingezogenen Funktionäre liegen keine Angaben vor; es läßt sich aber ermaßen, daß diese Zahl sehr viel größer sein muß, als die Zahl der Einberufenen Beamten, woraus sich erkennen läßt, wie außerordentlich schwierig es ist, den Verwaltungsapparat trotzdem in Funktion zu erhalten.

Der Prozentatz der im Heeresdienst stehenden Mitglieder ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er steigt von 21,6 Prozent bei den Tabakarbeitern auf 84,2 Prozent bei den Fleischern. Nahezu die Hälfte der männlichen Mitglieder ist den Gewerkschaften also entzogen. Das ist für die Leistungsfähigkeit der Organisationen nicht nur während der Kriegszeit, sondern vor allen Dingen nach Kriegsschluß von entscheidender Bedeutung. — Die bei Kriegsbeginn vielfach aufgehobenen Unterstützungseinrichtungen konnten nach und nach in den meisten Verbänden wieder eingeführt werden; die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ließ dies zu. Auf einigen Verufen lastet die Arbeitslosigkeit immer noch sehr schwer, obgleich im allgemeinen eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist. Nach diesen statistischen Erhebungen ist die Zahl der Arbeitslosen von 21,2 Prozent im September auf 10,7, dann auf 6,6 und am 30. April 1915 sogar auf 2,8 Prozent gesunken. Es wurden immer noch 36 081 Arbeitslose gezählt, dazu kommen noch 82 572 Mitglieder, die bei verkürzter Arbeitszeit und für geringeren Lohn arbeiten. Die letzte Statistik

führt die Gutmacher an erster Stelle auf und zwar mit 22,1 Prozent Arbeitslosen, dann folgen die Zivilberufsmänner mit 15,2, die Porzellanarbeiter mit 13,5 Prozent; die Holzarbeiter zählten nur noch 5,6 Prozent, die Buchdrucker und Metallarbeiter je 1,6 Prozent Arbeitslose. Einer der größten Berufs, und zwar die Bergarbeiter, stehen an letzter Stelle mit 0,1 Prozent Arbeitslosen.

Die Ausgabe für die Arbeitslofenunterstützung führt gewaltige Summen auf. Schon in den ersten 6 Kriegsmo-naten wurden über 17 1/2 Millionen gezahlt, in den 9 Monaten Kriegszeit betrug die gesamte Ausgabe rund 20 1/2 Millionen Mark und die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer belief sich auf über 7 Millionen Mark.

Trotz der hohen Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften waren diese imstande, auch in dieser schweren Zeit zu befriedigen. Nach Beendigung des Krieges, wenn die Millionen aus dem Felde zurückkehren, werden die Gewerkschaften vor neue wichtige Aufgaben gestellt sein. Die Gewerkschaften haben während der Kriegszeit ein hohes organisatorisches Können gezeigt; sie haben auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, im Interesse der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien tatkräftig mitgewirkt, sie werden auch nach Beendigung des Krieges dafür sorgen, daß die arbeitende Klasse des deutschen Volkes zu ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rechten kommt.

Aus der Partei.

* Amlingen, 17. Juni. Morgen Samstag, den 19. Juni, abends 9 Uhr, findet im Nebenzimmer der „Linde“ hier eine Besprechung der Parteimitglieder statt, zu welcher die noch anwesenden Genossen mit dem Ersuchen um vollständiges Erscheinen eingeladen werden.

* Arbeiter-Jugend. Die sieben erscheinende Nr. 13 des siebenten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Unser Weg. — Die gesundheitschädlichen Einflüsse der Lohnarbeit auf die Arbeiterjugend. Von Gustav Hoch. — Kellner! Von Alfred Tennison jun. — Eisen, das vom Himmel stammt. Von G. Engelsh. Graf. (Mit Abbildungen). — Ueber die Ermüdung. Von H. Lipschütz. — Sommertag. Gedicht von Edwin Hoernle. — Die Geschäfte und Prozeßfähigkeit des Minderjährigen. Von Dr. Meis. — Drei Schüler. Von H. Grösch.

Kommunalpolitik.

* Amlingen, 16. Juni. (Bürgerausschüßsitzung.) Am letzten Samstag abend fand hier eine Bürgerausschüßsitzung statt, welche seitens der noch anwesenden Mitglieder besser besucht sein sollen. Der Vorschlag wurde dem Bürgerausschüß zur Genehmigung unterbreitet und auch genehmigt. Die vorläufigen Einnahmen wurden mit 87 687 M., die vorläufigen Ausgaben mit 132 619 M. eingestellt, der durch Umlagen und Bürgergenussauslagen zu bedeckende Betrag mit 44 932 M. Davon werden gedeckt durch Umlagen aus Bürgergenusssteuerwerten in Höhe von 7 120 610 M., 19 937 M., Betriebssteuerwerten in Höhe von 2 241 200 M., 6275 M., Steuerwerten des Kapitalvermögens mit 981 700 M., 1304 M. und aus 15 908,50 M. Einkommensteuerzinsen 7127 M., zus. 34 643 M. Dazu kommt die Umlageauflage mit 10 166 M., jedoch im ganzen 44 809 M. Deckungsmittel vorhanden sind. Der Umlagefuß wird von 27 Pfg. für 1914 auf 28 Pfg. für 1915 erhöht. Als 2. Punkt wurde der bereits im vorigen Jahre gewählte Kriegskredit um weitere 10 000 M. erhöht, da der Gemeinde monatlich ungefähr 12—14 000 M. Kriegsunterstützung endgiltig verbleiben.

Genossenschaftsbewegung.

* Genossenschaftstag. Am Montag, 14. d. M. fand in Hamburg die 12. Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, die von ca. 800 Personen besucht war. Der Bericht des Vorstandes gab der Generalsekretär Heinrich Ka u m a n n -Hamburg, der sich über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verbreitete. Er gab eine Erläuterung zu dem gedruckten Jahrbuch. Seit seiner Gründung im Jahre 1903 vermehrte sich die Zahl der angeschlossenen Vereine von 606 auf 1100. Im letzten Jahre ging ja die Zahl der angeschlossenen Vereine um 48 zurück, was seine Ursache in dem Zusammenschluß kleinerer Vereine zu größeren Genossenschaften hat. Die enorme Entwicklung des Verbandes zeigt am besten die Steigerung der Mitglieder; 1908 betrug die Mitgliederzahl erst 573 085, Ende 1914 aber 1 717 519. Der Umsatz im eigenen Geschäft belief sich 1908 181 786 107 M., 1914 aber 492 980 519 M. Der Krieg habe die Genossenschaften vor neue Aufgaben gestellt. Eine davon sei die Idee der Kriegsgeldverleihschaft, die an und für sich eine gute sei, auf die Genossenschaften zu übertragen, die Organisation des Brotkonsums auf breiter Grundlage ohne Inanspruchnahme der Behörden. Den Konsumenten müßte ein größerer Einfluß eingeräumt werden. Wenn die Genossenschaftsbewegung zehn Jahre älter gewesen wäre, dann hätte sie heute die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln übernehmen können. Heute wäre notwendig ein besseres Zusammenarbeiten mit den vorhandenen landwirtschaftlichen Genossenschaften. All die großen Aufgaben, die die Konsumvereine noch lösen müßten, bedingten eine weitere genossenschaftliche Treue, Hingabe und Pflächterfüllung.

Ueber die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen berichtete Dr. Müller-Hamburg. Derselbe hob besonders die Tätigkeit der Konsumvereine als Preisregulator hervor. Der Zentralverband habe auf diesem Gebiet alles getan, was in seinen Kräften stand. So hätten verschiedentlich Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern stattgefunden. In der zweiten Hälfte seines Vortrages legte er eine längere Resolution, die ein einstimmiger Willensausdruck des Vorstandes und Ausschusses und der großen Mehrheit des Generalkonsumvereins, in dem sie eingehend erörtert wurde, sei. In der Diskussion wurde scharfe Kritik an dem Lebensmittellieferanten geübt.

Ueber den Internationalen Genossenschaftsbund verbreitete sich Heinrich Lorenz-Hamburg. Alle schönen Reden bei internationalen Zusammenkünften hätten den Ausbruch des Weltkrieges nicht ändern können. Der Krieg sei aus wirtschaftlichen Ursachen entstanden und die Abwehr aus nationalen Gründen berechtigt. Die französischen Genossenschaften seien aus dem internationalen Bund ausgeschieden, die deutschen jedoch nicht. Aus Mittellagen englischer Genossenschaftsorgane gehe hervor, daß über den tatsächlichen Stand der Kriegsergebnisse in England vollkommen falsche Anschauungen herrschen. Keiner hoffe, daß man sich nach dem Kriege wieder zusammenfinde.

Die Arbeiten der Tagung wurden diesmal an einem Tag erledigt. Vorabendlich schloß die Tagung mit der Hoffnung, daß der nächste Genossenschaftstag wieder im Frieden stattfinden werde.

Zu dem fliegerangriff auf Karlsruhe

wird uns von zuständiger Seite geschrieben: Nach jedem großen öffentlichen Unglück pflegt die Frage leidenschaftlich erörtert zu werden, ob sich das Unheil nicht durch geeignete Maßnahmen hätte vermeiden lassen. So hat sich denn auch nach dem fliegerangriff auf Karlsruhe die öffentliche Meinung alsbald dieser Frage bemächtigt und zahlreich sind die Bedenken, die geltend gemacht und die Forderungen, die für die Zukunft erhoben werden.

Eine der häufigsten Einwendungen geht dahin, daß es möglich sein müsse, die Fahrt der feindlichen Flieger von der Grenze an unauffällig zu verfolgen und rechtzeitig anzukündigen. Tatsächlich dient auch ein ausgedehntes telegraphisches und telephonisches Nachrichtenwesen diesem Zweck. Einzelheiten könnten hier jedoch ohne die militärischen Geheimnisse zu gefährden, nicht angegeben werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die praktische Betätigung dieses Dienstes schwieriger ist, als ein Dasein nur ahnt. Insbesondere pflegen sich die Flieger bei ihrem Flug unter Vermeidung aller Städte und dergleichen in Höhen zu halten, die ihre Feststellung fast unmöglich machen. Außerdem werden sie ihr wahres Angriffsziel durch häufige Schwärzungen, durch Teilung des Geschwaders und ähnliche Mittel. Ihre wahre Absicht kann daher bei der ungesicherten Geschwindigkeit des Fluges meist erst im letzten Augenblick erkannt werden. Wenn die Feststellung und Weitergabe der Nachrichten der feindlichen Flieger so einfach wäre, wie mancher Beobachter unbedacht behauptet, so ließen sich die zahlreichen Erfolge unserer deutschen Flieger weit im Vorfeld des Feindeslandes nicht erklären. Denn auch ihnen gelang es, den umfassenden Dienst unserer Gegner zu vereiteln. Die Öffentlichkeit kann in dieser Richtung darauf vertrauen, daß von den Militärstellen alles geschieht, um diesen Dienst aufrecht zu erhalten.

In diesen allgemeinen Einwand schließen sich mehrere einzelne Bedenken an, die gerade die Maßnahmen bei dem Angriff auf Karlsruhe betreffen. Teilweise haben sich diese zu den unsinnigsten Gerüchten verdichtet. So wird behauptet, daß der Angriff schon längst angekündigt gewesen sei, und daß daher schon um 5 Uhr die Truppen der Garnison in die Keller verbracht worden seien. Diese Behauptung ist unwarhaft und ebenso diejenige, daß sich die Flieger schon längere Zeit vor dem Bombardement über Karlsruhe aufgehalten hätten. Die zuständigen Militärstellen sind erst kurz vor dem Eintreffen der mit äußerster Geschwindigkeit fahrenden Flieger, von ihrem Herannahen in der Richtung auf Karlsruhe von auswärts telephonisch verständigt worden, da sie zunächst ihre wahre Richtung durch eine Schwärzung verdeckt hatten. Das Abwehrkommando trat sofort in Bereitschaft, setzte unmittelbar in dem Augenblicke, in dem die Flieger als feindliche erkannt wurden, seine Sirenen in Tätigkeit und begann noch vor dem ersten Bombenwurf mit den Abwehrschüssen, der Versuch, auch sofort die zuständigen Militärstellen wegen der Sirene auf dem Rathaus und der übrigen städtischen Warnungsmittel zu verständigen, mißlang jedoch fieberhaftigerweise, da für längere Zeit eine Störung des Telephonbetriebs eintrat. Es ist Vorsorge getroffen, daß künftighin die ungesicherte Verbindung der Abwehr- und Warnungsmittel nach menschlicher Berechnung nicht durch Hindernisse gestört werden kann.

Dies aber muß die entscheidende und in den verschiedenen Ausprägungen stets übersehene Frage aufgeworfen werden: hätte das frühere Eintreten der Rathaus-Sirene und der übrigen Sirenen wirklich die Zahl der Opfer wesentlich verringert? Als die ersten Abwehrschüsse gefallen und die ersten Bomben geplatzt waren, da konnte doch wohl niemand mehr über den Charakter der Flieger im Zweifel sein und jedermann hätte sofort alle maßnahmen erörterten Sicherungsmaßnahmen mit der allergrößten Beschleunigung ergreifen sollen. Trotz dieser Warnungen durch die Schiffe und Bomben aber, die eindringlicher gesprochen haben, als alles Sirenengeheule, wurde von vielen die Gefahr völlig verkannt, und so fielen dann erst in witterten Verlaufe des Angriffes die zahlreichen Menschen den Bomben zum Opfer. Wer beobachtet hat, wie sich beispielsweise nach dem ersten Teile des Angriffes, als die Flieger eine weite Schleiße zogen, trotz des fortbauenden Sirenengeheules, die Straßen dicht mit Menschen füllten, so daß nach der plötzlichen Rückkehr der Flieger die Bomben eine reiche Todesernte hielten, der wird nicht mehr behaupten können, daß durch ein um wenige Zeit früheres Einsetzen der Sirenen eine wesentliche Verabminderung der Opfer erreicht worden wäre.

Natürlich soll hier nicht alle Schuld den fieberhaften Opfern des Angriffes selbst zugemessen werden. Viele haben sich in der Erfüllung ihrer Arbeitspflicht auf der Straße befunden, manche haben sich durch eine mangelhafte Vorstellung von der Größe der Gefahr verleiten lassen, ihren sicheren Zufluchtsort aufzugeben oder aber ihren Zufluchtsort für sicherer zu halten als er war, manche waren bei der unerhörten wilden Gewalt des Angriffes auf keinen Fall vor dem Unglück zu bewahren. Aber sicher steht, daß die Zahl der Opfer kein wäre, im Verhältnis zu der jetzigen Zahl, wenn von allen Einwohnern sofort nach der ersten Detonation alle Selbstschutzmaßnahmen ergriffen worden wären.

Ein häufiger Vorwurf richtet sich weiter dagegen, daß die Abwehr-Kanonen und -Gewehre nicht energisch genug eingesetzt hätten. Sind sich aber diese Kritiker der Schwierigkeiten bewußt, die die Beschichtung von Fliegern über einer offenen Stadt, zumal von ebenern Gelände aus, bedeutet? Ein ideales, in jeder Weise wirkendes Abwehrmittel gibt es nicht. Die Raschgewehre haben nur eine beschränkte Reichweite und die Abwehr-Kanonen entbehren der nötigen Beweglichkeit und Einstellbarkeit. Es wäre indessen undenkbar, zu verkennen, daß auch bei dem jüngsten Angriff die Abwehrschiffe dadurch eine gute Wirkung erzielt haben, daß sie die Flieger in die Höhe verjagten und ihnen dadurch die sichere Ziel- und Treffwirkung erschwert haben. Ohne das Eingreifen des Abwehr-Kommandos wäre der Schaden sicher unübersehbar geworden. Sonstige Einwendungen endlich, die gelegentlich noch vorgebracht werden, bedürfen im allgemeinen keiner eingehenden Widerlegung. Beispielsweise erledigt sich der Ruf nach der Bereitstellung eines Zeppelins in der Nähe von Karlsruhe bei ruhiger Betrachtung von selbst. Bei alledem mag nicht übersehen werden, daß es sich bei diesen Geschwaderangriffen auf offene Städte um eine völlig neuartige Kampfesweise handelt und daß daher auch die möglichsten und wirksamsten Abwehrmaßnahmen erst erprobt und ausgearbeitet werden müssen. Daß die Militärstellen emsig an der Arbeit sind, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Alle Abwehrmaßnahmen gegen diese heimtückischen Ueberfälle werden aber nur dann ihre volle Wirkung haben, wenn sie durch das eigene Verhalten aller Beteiligten unterstützt werden.

Berlin, 17. Juni. (Amtlich.) In ihrem amtlichen Bericht vom 15. Juni abends brüht sich die französische Heeresleitung mit dem bekannten fliegerangriff auf Karlsruhe, den sie als Vergeltungsmassnahme für die Beschichtung offener französischer und englischer Städte hinstellt. Dieser Begründung des französischen Angriffes muß die Tatsache entgegengehalten werden, daß von deutscher Seite nur besetzte Punkte und solche im Operationsgebiet liegende Orte beschossen worden sind, die mit dem Krieg unmittelbar im Zusammenhang standen. Überall, wo es sich dabei um offene Städte gehandelt hat, waren unsere Angriffe nur die Vergeltung für gleichartige Maßnahmen unserer Gegner. Wir haben darauf in unseren Berichten auch in jedem Fall ausdrücklich hingewiesen. Daß die Begründung des französischen Vorgehens somit der Wahrheit widerspricht, wird niemand in Germanen sehen, der die Berichte unserer Gegner kritisch zu lesen pflegt. Nun ist dagegen die brutale Offenheit, mit der die feindliche Heeresleitung eingesteht, daß sie ihren Fliegern als Angriffsziel eine fern vom Kriegsschauplatz gelegene friedliche Stadt bezeichnet hat, in der gerade den Franzosen vor dem Krieg so viel gastfreundliches Entgegenkommen bewiesen worden ist. Militärische Gründe können dieses Verhalten nicht rechtfertigen, denn der einzige Verlust, den der Angriff unserer Kriegsmacht zugefügt hat, besteht in der Vernichtung dreier in Lazarettspflege befindlicher Soldaten. Die absichtslos von der Stadt gelegene Munitionsfabrik, deren militärische Bedeutung übrigens nicht allzu groß ist, hat bis auf die Beschädigung eines Dampferkessel nicht gelitten. Obwohl sie als Angriffsziel sehr leicht erkennbar war, ist sie auch nur mit wenigen Bomben belegt worden.

Schon daraus geht hervor, daß es den Franzosen gar nicht auf die Gewinnung eines militärischen Vorteils angekommen ist. Mit noch größerer Deutlichkeit ergibt sich diese Tatsache aber aus dem Umstande, daß den feindlichen Fliegern nach antikem Eingeständnis der Franzosen das Residenzschloß als Ziel bezeichnet worden ist. Man hat im Lager unserer durch Spionage so gut unterrichteten Gegner zweifellos genau gewußt, daß das Schloß außer der ehrwürdigen Großherzogin Luise seit mehreren Wochen die Königin von Schweden beherbergt. Die Anwesenheit dieses in einem neutralen Herrscherhause angehörenden hohen Gastes hat die französischen Flieger jedoch nicht davon zurückgehalten, gerade das Schloß besonders heftig anzugreifen und auch in der Tat erheblich zu beschädigen. Wie groß die Gefahr für die Königin gewesen ist, zeigt u. a. die Tatsache, daß mehrere Sprengstücke in das Zimmer der schwedischen Baronin Hochschild geflogen sind. Auch die Kinder des Prinzen Max von Baden, über deren Schicksal eine Bombe das Dach zertrümmerte und in die Decke eingeschlagen hat, sind nur mit knapper Not dem Tode entgangen.

Unter der Bürgerchaft hat der Ueberfall, wie bekannt, an Toten und Verwundeten insgesamt 84 Opfer gefordert. Wir können den Angriff nach diesem Ergebnis und nach der den feindlichen Fliegern erteilten dienlichen Anweisung über die Angriffsziele nicht als eine militärische Unternehmung, sondern als ein Verbrechen bezeichnen, dessen Höhe von der wirklichen Höhe der vielbewunderten französischen Kultur berechnetes Zeugnis ablegt.

Neues vom Tage. Großfeuer.

Duderstadt, 17. Juni. Hier ist ein großer Brand ausgebrochen. Bis um 7 Uhr abends waren 40 Wohnhäuser und die dazu gehörigen Hintergebäude, ferner die evangelische Kirche den Flammen zum Opfer gefallen. Das Feuer wütete bei dem herrschenden Sturm fort. Einzelheiten fehlen noch. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften sind zur Hilfe herbeigeeilt.

Letzte Nachrichten.

Unterbindung der Spetulation mit Getreide und Futtermittel.

Berlin, 17. Juni. (Amtlich.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, für nichtig zu erklären alle Kaufverträge aus der inländischen Getreide des Jahres 1915 über Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, allein, oder mit anderen Getreiden gemengt, ferner über Mischmehl, worin sich der Safer befindet, ferner über Futtermittel, die der Bekanntmachung über den Verkehr mit Futtermitteln vom 31. März 1915 unterliegen, ferner über Rohzucker, soweit die Verträge nach dem 31. August 1915 zu erfüllen sind. Dasselbe gilt auch für die Verträge, die vor Inkrafttreten der Verordnung beschlossen sind.

Ein fliegerangriff auf Brüssel.

Amsterdam, 18. Juni. Ein besonderer Korrespondent des „Nieuws van den Daa“ meldet aus Rosenbaal: In der vorigen Nacht ungefähr um 4 Uhr machten zwei französische Flieger einen Angriff auf Brüssel, der der Luftschiffhalle galt. Der Korrespondent, der in einem Hotel an der Place Rogier wohnte, berichtet, er sei gegen 4 Uhr durch ein heftiges Kanonade geweckt worden. Die Deutschen hätten die Flieger von allen Seiten beschossen. Gegen 4.30 Uhr seien die Flieger außer Sichtweite gewesen. Schaden sei nicht angerichtet worden.

Deutsche Flugzeuge über französischen Städten.

Paris, 18. Juni. Die Blätter melden, daß ein deutsches Flugzeug Vains-les-Bains bei Epinal überflog und Bomben warf. Ein Soldat und ein Beamter wurden getötet und 2 Arbeiter verwundet. Gerardmer wurde von deutschen Flugzeugen mit 5 Bomben belegt. Es wurde ziemlich erheblicher Materialschaden angerichtet.

Paris, 18. Juni. Wie die Blätter aus Nancy melden, versuchte ein Geschwader deutscher Tauben Nancy zu überfliegen. Zwei Tauben mußten umkehren. Die beiden anderen warfen 10 Bomben auf verschiedene Stadtteile; 8 Personen wurden getötet, 4 verletzt.

Chateau-Thierry, 17. Juni. (Agence Havas.) Eine Taube überflog in großer Höhe Chateau-Thierry am Mittwoch mittag. Die Flieger mußten infolge einer Motorpanne landen, verbrannten jedoch den Apparat bei der Landung in Morohsurouca vor ihrer Gefangennahme. Die anhängenden Bomben wurden zur Explosion gebracht. Die deutschen Offiziere ließen sich von den Gendarmen in Reilly gefangennehmen und sind nach dem Gefängnis in Billers Cotterets gebracht worden.

Englische Marine-Verluste.

London, 18. Juni. (Reuter.) Der britische Dampfer „Trafford“, von Cork nach Sydney bestimmt, wurde vorgestern von einem deutschen U-Boot in der Irischen See versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 17. Juni. (Nichtamtlich.) (Unterhaus.) Apswich sagte auf eine Anfrage, die Verluste an Offizieren und Mannschaften bei der Flotte-Truppe, den Seesoldaten der Royal Naval-Division betrügen bis zum 31. Mai einschließlich der Verluste beim Untergang des „Dulward“ und anderen Unglücksfällen an Toten 549 Offiziere und 7696 Mann, an Verwundeten 181 Offiziere und 2272 Mann, an Vermissten 74 Offiziere und 2785 Mann, zusammen 804 Offiziere und 12 743 Mann.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Koll; für die Illustrationen: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts-Freizeit-Beierheim.)** Heute abend im Vereinslokal („Deutsche Eiche“) Zusammenkunft mit Postabend. Das Erscheinen der Mitglieder, besonders der Postisten, erwünscht. Um mündliche Verbreitung wird erbeten.
- Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.)** Samstag abend 9 Uhr Spielerverammlung im Saalbau Mühlburg. — Sonntag nachmittag 2 Uhr Fußballwettspiele gegen Durlach und Dagsfeld. Anschließend Fußballwettspiel gegen Durlach I. Karlsruhe. (Verein der Naturfreunde.) 20. Juni: Abfahrt 6.28 Uhr nach Herrnsalb, Teufelsmühle, Gernsbach. Gehzeit 5 Stunden. Fahrpreis 1,75 M. Führer: Kienle. — Ausschussung am Mittwoch, 23. Juni, Monatsversammlung am Freitag, 25. Juni.
- Durlach. (Freie Turnerschaft, gegr. 1899.)** Samstag, 19. Juni, abends halb 9 Uhr, findet Mitgliederversammlung in unserem Sporthaus statt. In Anbetracht sehr wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen unserer passiven und aktiven Mitglieder, soweit sie noch vorhanden sind, dringend notwendig. Der Vorstand.
- Durlach. (Deutscher Holzarbeiter-Verband.)** Samstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Darmstädter Hof“ Mitgliederversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung mögen alle noch anwesenden Kollegen erscheinen. 6676 Die Ortsverwaltung.

Wasserstand des Rheins.

18. Juni.
Schufterinsel 2,73 m, gef. 7 cm, Rehl 3,43 m, gef. 6 cm, Magau 5,15 m, gef. 6 cm, Mannheim 4,63 m, gef. 7 cm.

Geschäftliches.

Eine Motte genügt, eine einzige Motte, die einem gefüllten Kleiderkasten sehr gefährlich werden kann. Man sollte daher rechtzeitig Vorbeuge treffen und jekt, wo die Motten aufzuwachen, diese schädlichen Insekten energisch bekämpfen. Das geschieht am wirksamsten mit Globol. Der Vorzug dieses bewährten Mottenmittels liegt darin, daß es die Motten tatsächlich kostenlos zerstört, der „Kriegsloft“, der Flugschiffen zur Kenntnis.

Empfehle auf Samstag prima einjähriges **Fohlenfleisch**  **Profund 60 Pfennig.**
Mühlburger Pferdegeschlächterei Rupert Schneider, Rheinstr. 56.
NB. Schlachtpferde werden jeberzeit zu den höchsten Tagespreisen angekauft. 6875

Darlanden. Wirtschaft zur Appenmühle. neu eröffnet, mit schattig. Garten, sowie Kahnfahrgelegenheit in der Alb. Keulle Bedienung bei gut. Speisen u. Getränken. Jeden Sonntag frischgeback. Rheinische Ludwig Ganz, früher zur Rose, Darlanden. 6522

Rohrstühle jeder Größe werden zum flechten angenommen und solide Arbeit zugeführt. R. Schürmann, Quader-Inval. Pflanzstr. 7 III, R. Mühlburg. NB. Postkarte genügt, die Stühle abzuholen.

Die Besprechungen

die der neuer erschienenen Schrift

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

von Dr. Paul Lensch, M. d. R., Preis 1 M., Vereinsausg. 40 Pf.

sofort nach Erscheinen gewidmet wurden, beweisen die große Bedeutung dieser Broschüre. Die wichtigsten Parteiblätter, wie die wissenschaftliche Wochenschrift Die Neue Zeit sowie Volksfreund, Braunschweig, Bremer Bürgerzeitung, Volksstimme-Ghemmig, Volksstimme-Frankfurt a. M., Hamburger Echo, Volksblatt - Harburg, Rheinische Zeitung-Köln, Leipziger Volkszeitung, Münchener Post, Schwäbische Tagwacht-Stuttgart und andere haben sich in ausführlichen Artikeln mit der Schrift auseinandergesetzt. Es sollte keinen Sozialdemokraten und darüber hinaus keinen politisch Interessierten geben, der diese Schrift nicht gelesen hat.

Zu beziehen durch

Buchhandlung „Volksfreund“ Luisenstraße 24
Telephon 128.

Sprachbüchlein

für Feldsoldaten.

Deutsch-Französisch (15 Pfg.)
Deutsch-Polnisch (15 Pfg.)

empfiehlt

Buchhandlung „Volksfreund“.

Telefon 128. Luisenstr. 24.

Arbeiter!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inferenten des „Volksfreund“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeige.
Hierdurch setzen wir unsere Mitglieder in Kenntnis, daß Kollege
Otto Guba, Schreiner
bei dem Fliegerbesuch den Tod gefunden hat.
Sein Andenken wollen wir in Ehren halten. 6670

Die Ortsverwaltung.

Auf dem Wege zur Arbeitsstätte erlitt durch feindliche Fliegerbomben unsere langjährige Arbeiterin

Rosa Traub
aus Dulach
schwere Verletzungen, denen sie erlag.
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. 6672

H. Braun & Co.

Evangelische Südstadtgemeinden.
In der Johannes-Kirche findet Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, ein
Trauer-gottesdienst
zum Gedächtnis der Opfer des Fliegerattentates, die unseren Gemeinden angehören, statt.
Wir laden die Gemeindeglieder dazu herzlich ein. Für die Angehörigen der trauernden Familien sind die Plätze der 3 ersten Bankreihen vorbehalten. 6667

Die Pfarrämter der Südstadt:
Pfarrer Hindenlang,
Pfarrer Hesselbacher.

Verkauf von Gefrier-Schweinefleisch.
Am nächsten Samstag von morgens 8 Uhr ab findet ein weiterer Verkauf von Schweinefleisch aus der Gefrieranlage des städt. Schlachthofes in den nachstehend bezeichneten Verkaufsstellen statt.
Das Fleisch wird in Mengen bis zu 3 Pfund an den einzelnen Käufer abgegeben; an Wirtschaften und Kostgebereien wird kein Gefrierfleisch verabfolgt.
An dem Tage, an welchem Gefrier-Schweinefleisch zum Verkauf kommt, darf kein anderes Schweinefleisch in der Verkaufsstelle verkauft werden.
Mit Rücksicht auf die geringere Haltbarkeit des Gefrierfleisches empfiehlt es sich bei der heißen Witterung, dasselbe bald zu verwenden.
Der Preis für das Gefrier-Schweinefleisch beträgt:
zugerichtet für alle Stücke . . . 1.10 Mk. pro Pfund
mit Schwarte und Beilage, wie gewachsen . . . 1.00 " " "

Verkaufsstellen:

- Oststadt:**
Fazler, Friedrich, Metzgermeister, Rudolfstraße 14.
Dürr, Martin, Metzgermeister, Sternbergstraße 7.
Glahner, Leopold, Metzgermeister, Gerwigstraße 41.
- Mittelstadt:**
Fazler, Karl, Metzgermeister, Jähringerstraße.
Sieber, Anton, Metzgermeister, Belfortstraße 19.
Schneider & Co., Metzgermeister, Erbprinzenstraße 28.
Schrabi, Christian, Metzgermeister, Leopoldstraße 31.
Kärcher, Heinrich, Metzgermeister, Amalienstraße 20.
Schwaibold, Eberhard, Metzgermeister, Akademiestraße 36.
Merg, Friedrich, Metzgermeister, Waldstraße 23.
Hensel, Gebrüder, Filiale, Ecke Amalien- und Waldstraße.
- Weststadt:**
Nisch, Karl, Metzgermeister, Scheffelstraße 22.
Fuchs, Karl, Metzgermeister, Goethestraße 45.
Zimmermann, Ludwig, Metzgermeister, Forststraße 16.
Schneider, Albert, Metzgermeister, Söfenstraße 75.
- Südstadt:**
Möhle, Wilhelm, Metzgermeister, Schützenstraße 15.
Bitt, Wilhelm, Metzgermeister, Rüppurrerstraße 24.
Pfenninger, Johann, Metzgermeister, Marienstraße 61.
- Südweststadt:**
Gebhardt, Karl, Metzgermeister, Klumprechtstraße 39.
Ade, Adolf, Metzgermeister, Klumprechtstraße 25.
Joos, Christian, Metzgermeister, Klumprechtstraße 14.
- Beiertheim.**
Belle, Paul, Metzgermeister, Marie-Alexandrastraße 11.
- Daylanden:**
Schwall, August, Metzgermeister, Pfarrstraße 18.
- Mühlburg:**
Müller, Julius, Metzgermeister, Glimmerstraße 16.
- Rüppurr:**
Fischer, Karl, Metzgermeister, Kastatterstraße 34.
- Wochenmarkt auf dem Marktplatz:**
Hensel, Gebrüder, Metzgermeister.
Schubert, Georg, Metzgermeister.
- Wochenmarkt auf dem Gutenbergplatz:**
Bücher, Ferdinand, Metzgermeister.
- Karlsruhe, den 17. Juni 1915. 6666

Städtische Schlacht- u. Viehhofdirektion.

„Jedem das Seine“
Interessante Monatsschrift des
Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe (e. V.)
erscheint regelmäßig um die Mitte jeden Monats und ist für 6673

jedermann kostenlos erhältlich
in dessen Geschäftsstelle **Waldstrasse 6.**

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Trauer-Hüte
Trauer-Kleider
Schwarze Kostüme
Schwarze Blusen
Schwarze Röcke
Schwarze Kleiderstoffe
in großer Auswahl.

Modehaus **Hugo Landauer**
Karlsruhe. 6674

Bekanntmachung.
Durch den Weltkrieg sind die Preise für Schlachtvieh jeder Gattung gang außergewöhnlich gestiegen.
Insbesondere sind die Preise für Schweine dermaßen in die Höhe gegangen, daß sie auch nicht annähernd dem wirklichen Wert des Schlachtviehes entsprechen.
Infolgedessen sind wir leider gezwungen, für Fleisch und Wurstwaren Preise festzusetzen, deren Höhe wir selbst für diese notwendigen Nahrungsmittel im Interesse der verehrl. Einwohnerschaft auf das Tiefste bedauern.
Mit Rücksicht auf den großen Mangel an Arbeitskräften, sowie auf die gesteigerten Betriebsausgaben sind wir ebenfalls gezwungen, eine Einschränkung der Verkaufszeiten durchzuführen.
Die verehrl. Einwohnerschaft wird höflichst ersucht, den Fleischkauf an Vormittagen längstens bis 11 Uhr vorzunehmen, da nach dieser Zeit Fleisch nicht mehr verabfolgt werden kann. Außerdem bleiben in den Nachmittagsstunden während der Zeit von 1 Uhr bis 3 Uhr sämtliche Metzger- und Wurstlergeschäfte geschlossen.
Diese letzteren einstimmig gefaßten Beschlüsse treten vom Dienstag, den 15. Juni 1915 an in Kraft. 6630

Die Vorstandschaft der Freien Metzger-Zunft Karlsruhe.

Pferdefleisch.
Bringe Samstag
prima
junges **Pferdefleisch**
zu den bekannt billigen Preisen zum Verkauf. 6677

Theodor Gramlich
Pferdeschlächtere mit elektrischem Betrieb.
Durlacherstr. 59. — Telephon 3319.

Was hat der deutsche Soldat bei Erwerbsunfähigkeit, Dienstbeschädigung oder Verwundung,
Was haben die Hinterbliebenen Verstorbenen oder im Kriege Gefallener reichsgeseklich zu beanspruchen?
Preis 65 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volksfreund“
Luisenstr. 24 — Telephon 128.

Verkaufe und Kaufe
fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reiselofer. 5723

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Bett mit Federbett 30 A., schönes hochhaptiges 40 A., Divan, Schrank, Tische, Küchenschrank billig abgegeben. 6650
Ludwigwihelmsstr. 18, Hof.

Schuhreparatur
Walhornstraße 36.
Ein Posten
Damen-Stiefel
früherer Preis bis Mk. 16.50, jetzt nur Mk. 8.50
Schuhcrem
zu alten Preisen. 5688

Pflanzet Gemüse!
Eine Aufforderung und Anleitung zum Gemüsebau von G. Thiem,
Großh. Obstbaulehrer an der Landwirtschaftsschule Augustenberg
Ein in der jetzigen Zeit des Kleingemüsebaues sehr empfehlenswertes Werkchen. Preis 50 Pfg.

Buchhandlung „Volksfreund“ Luisenstraße 24.
Telefon Nr. 128.

Einheitspreis
Stoff für einen kompletten Anzug bestes Cottbusser Fabrikat Mark 6510 empfiehlt
Wilh. Wolf jr.
Kaiserstrasse 82a, Tuch-engros-Abteilung.

100 Briefe aus dem Felde
Preis Mark 1.20.
Deutsch-Französ. Krieg 1870/71
Preis Mark 3.—
Buchhandlung „Volksfreund“,
Luisenstraße 24.

Neueste Kriegskarte
umfassend sämtliche Gebiete des europäischen Kriegsschauplatzes, sowie Kleinasien, Ägypten, Tripolis, Algerien, Marokko und die deutschen Kolonien.
Diese Kriegskarte zeichnet sich durch klaren scharfen Druck und Uebersichtlichkeit aus und ist das Beste bis jetzt gebotene.
Preis Mk. 1.—
Buchhandlung „Volksfreund“, Karlsruhe
Luisenstraße 24. — Telephon 128.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheausgebote. Karl Würzburger von hier, Friese hier, mit Elia Moser von hier. Saul Marcus von Turka, Wäcker hier, mit Beile Kösten von Lancut.
Eheschließung. Josef Schmitt von hier, Schriftfeger hier, mit Anna Konrad von hier.
Geburten. Heinrich Karl, v. Karl Scheerer, Obsthändler. Erna Katharina, v. Richard Thielbeer, Fabrikarbeiter. Frieda Theresia und Eugen Rudolf, Büwlinge, v. Rudolf Handmann, Fabrikarbeiter. Karl Hans, v. Karl Krant, Dekorationsmaler. Friedrich, v. Ludwig Josef Ritterhofer, Fuhrmann. Frieda India, Vater Karl Hennhöfer, Fabrikarbeiter. Friedrich Wilhelm, Vater Friedrich Wolf, Kaufmann. Luise Theresia, Vater Rudolf Wolf, Eisenbahnsekretär.
Todesfälle. Mathilde Schrotz, Ehefrau des Hermann Schrotz, Schreiner, 28 Jahre alt. Elia Danb, ledig, Dienstmädchen, 17 Jahre alt. Wilhelmina Schäfer Witwe des Jakob Schäfer, Landwirt, 62 Jahre alt. Marg. Raeger, Witwe des Anton Jaeger, Landwirt, 64 Jahre alt. Anton Kreher, Chemann, Kesselschmied, 52 Jahre alt. Noja Traub, ledig, Hilfsarbeiterin, 21 Jahre alt. Karl Wolfinger, ledig, Fuhrmann, 28 Jahre alt. Amalie Doll, Witwe des Franz Doll, Metzgermeister, 55 Jahre alt. Christine Walter, Witwe des Nikolaus Walter, Waldhüter, 65 J. alt. Johannes Nidles, Chemann, Betriebsassistent a. D., 62 Jahre alt. Leo, 1 Jahr 8 Mon. 5 Tg. alt. v. Josef Winterbauer, Butterhändler.